

WIRTSCHAFT IM BLICK MAGAZIN



Standort und
Wettbewerbs-
fähigkeit stärken

EUROPA IM FOKUS

ooe-wb.at

INHALT

12

Europawahl 9. Juni 2024

mit Angelika Winzig



COVER: Fotocredit: Sabine Kneidinger



04

WIRTSCHAFT

- 04 Wirtschaftlicher Ausblick**
Holger Bonin,
Direktor des IHS
- 08 Leistung muss sich lohnen**
unsere
Forderungen
- 10 Konjunkturelle Anreize**
Investitions-
prämie NEU



14

POLITIK IM GESPRÄCH

- 14 Österreichplan**
mit
Karl Nehammer
- 16 OÖ in der EU**
mit
Thomas Stelzer
- 17 Unser Europa**
mit
Markus Achleitner



22

AUS DEN BEZIRKEN UND BRANCHEN

- 20 Alexander Geisbauer**
ist Landesinnungs-
meister der
Friseure
- 22 Klaus Weissengruber**
ist Landesinnungs-
meister der
Tischler und Holz-
gestalter
- 23 Reinhard Honeder**
ist Landesinnungs-
meister der
Lebensmittel-
gewerbe
- 24 Christoph Paukner**
ist Obmann des
Juwelen- und
Uhrenhandels
- 25 Peter Feigl**
ist Obmann der
Handelsagenten
- 26 Bettina Stelzer-
Wögerer**
ist WB-Bezirksob-
frau Steyr-Stadt



19

Leo Jindrak
ist Bundesinnungsmeister der
Lebensmittelgewerbe

21

Gerald Walter
ist Obmann des Versand-,
Internet- und allgemeinen
Handels



NETZWERK

27 Europafest
Christoph Leitl
feiert seinen 75er



EDITORIAL




Ihre Doris Hummer
Wirtschaftsbund-Landesobfrau




Ihr Wolfgang Greil
Wirtschaftsbund-Landesgeschäftsführer

Liebe Unternehmerin, lieber Unternehmer!

Die kriegerischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre haben zu massiven Verwerfungen bei Energiekosten, Inflation, Zinsen und internationalem Wirtschaftswachstum geführt. Diese Auswirkungen spüren wir nun in einer echten Rezession vor allem im Bau-, Transport- und Industriesektor. Wer glaubt, diese externen Einflüsse sind aber einzig und allein daran schuld, dass wir an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, der irrt.

Denn die hohe Steuerlast auf Einkommen, der strukturelle Arbeitskräftemangel und die überschießende Bürokratie sind hausgemachte Systemfehler. Parallel dazu vollzieht sich ein struktureller Wandel im Bereich Digitalisierung und Ökologisierung. Für diese extremen Herausforderungen brauchen wir eine Politik, die Wirtschaft versteht und sowohl auf österreichischer als auch auf europäischer Ebene die richtigen Maßnahmen setzt.

Für Österreich gilt es, den eingeschlagenen Weg der Steuersenkung (kalte Progression, Köst-Senkung) mutig fortzusetzen. Wir kämpfen dafür, dass sich Leistung in unserem Land auch lohnt und dass unsere Betriebe durch eine Lohnnebenkostensenkung entlastet werden. Wir werden alles daransetzen, dass Vollzeitarbeit, Mehrarbeit und längeres Arbeiten über die Pension hinaus steuerlich attraktiver gestaltet werden. Zusätzlich fordern wir eine Abkehr von der Reparatur-Politik in Form von Förderungen, die im Nachhinein ausbezahlt werden, hin zu Investitionsanreizen.

Viele politische Weichen werden auf europäischer Ebene gesetzt. Die Europäische Union hat in den letzten Jahren zu stark auf Verbote und Bürokratiemonster mit völlig überschießenden Berichtspflichten gesetzt. Das muss sich ändern. „Weniger ist mehr“ lautet die Devise. Die EU muss sich wieder auf ihre Kernwerte besinnen - der Wirtschafts- und Friedensgemeinschaft. Unsere Spitzenkandidatin Angelika Winzig für die EU-Wahl am 9. Juni wird sich genau dafür einsetzen.



WIRTSCHAFTLICHER AUSBLICK

Holger Bonin, Direktor des Instituts für Höhere Studien (IHS), gibt uns einen Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs.

Wegen der giftigen Mischung aus hoher Inflation, hohen Zinsen und wirtschaftlicher Stagnation im Euroraum ist die Wirtschaftsleistung in Österreich im vergangenen Jahr um 0,8 Prozent geschrumpft. Auch in das laufende Jahr ist die heimische Wirtschaft schwach gestartet. Eine anhaltend schwache Konjunkturdynamik in Europa, hohe Finanzierungskosten, niedrige Kapazitätsauslastung und wirtschaftliche Unsicherheiten belasten die Investitionstätigkeit massiv. Gemäß Frühjahrs-Konjunkturprognose des Instituts für Höhere Studien (IHS) dürften die Ausstattungsinvestitionen heuer nur um ein halbes Prozent zulegen. Bei den Bauinvestitionen wird mit einem weiteren Rückgang um 2,4 Prozent gerechnet, bevor es, auch gestützt durch das Wohnbaupaket, nächstes Jahr wieder leicht aufwärtsgeht.

Für eine deutliche Aufhellung der Konjunkturlage dürfte der private Konsum sorgen. Dieser sollte noch vor

dem Sommer anspringen. Einerseits sind die Löhne und Pensionen zuletzt kräftig gestiegen, und der Arbeitsmarkt bleibt trotz leicht steigender Arbeitslosigkeit robust. Andererseits sinkt die Inflation im Jahresverlauf weiter, wodurch die Haushalte stark an Kaufkraft gewinnen. Die vom IHS prognostizierte Verbraucherpreis-inflation liegt im Jahresdurchschnitt bei 3,5 Prozent, nach 7,8 Prozent im Vorjahr. Allerdings liegt sie damit noch länger deutlich höher als jene im übrigen Euroraum. Daraus erwächst ein dauerhafter Kostennachteil für unsere Exportunternehmen, da die Löhne den Verbraucherpreisen nachlaufen.

Der Exportwirtschaft hilft, dass die amerikanische Wirtschaft auch heuer mit einer Rate von zwei Prozent kräftig expandiert. Der Erfolg am US-Markt war bereits im Vorjahr eine wesentliche Stütze für die Exporte aus Öster-

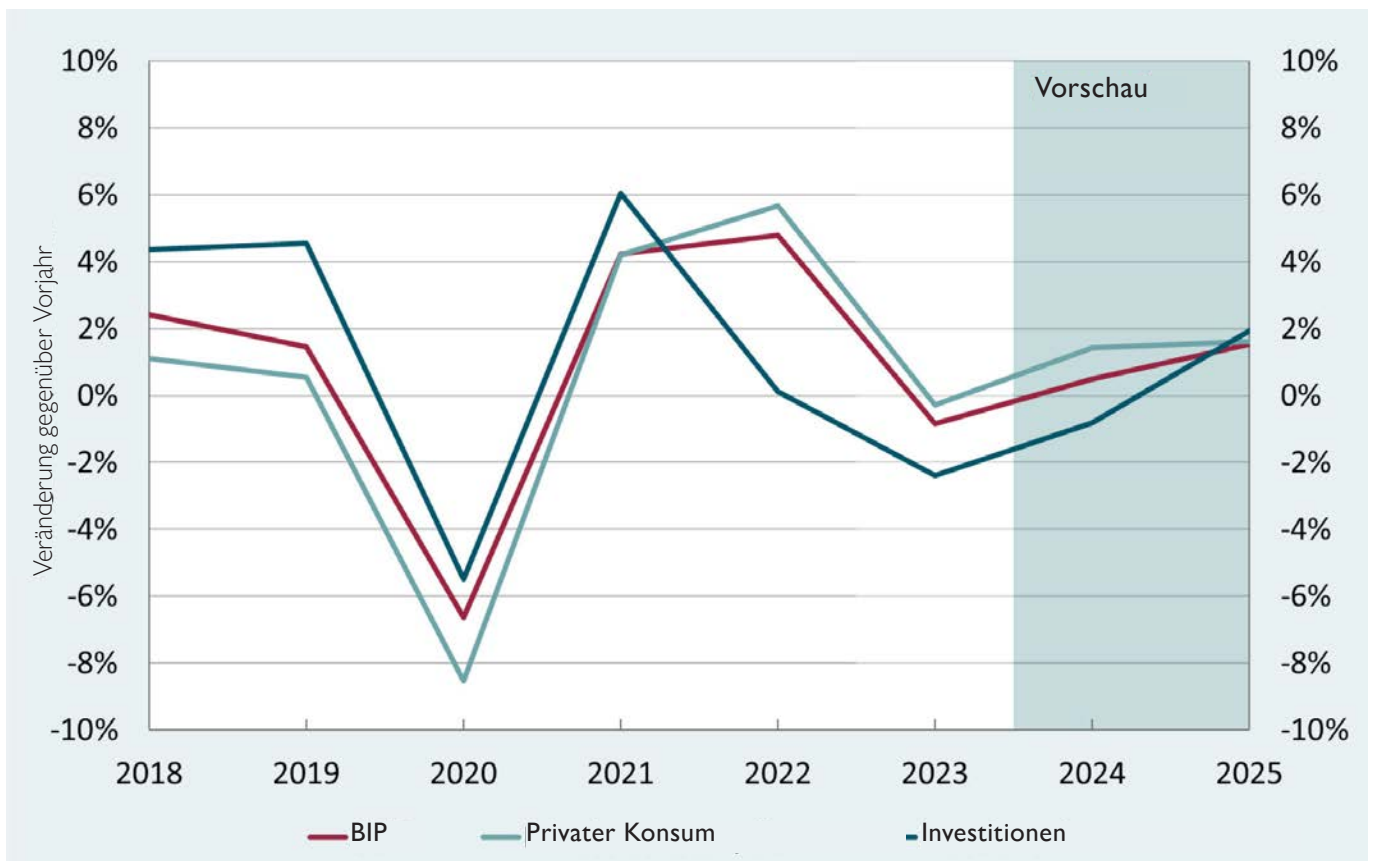
reichs. Auch die Wachstumsprognose für China liegt mit 4,3 Prozent klar im Plus. Dagegen fällt die Zunahme der Wirtschaftsleistung im Euroraum mit 0,7 Prozent deutlich ab. Einen erheblichen Anteil daran hat die massive Schwäche der Wirtschaft in Deutschland, wo die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Wachstumsprognose für 2024 auf 0,1 Prozent kräftig nach unten korrigieren mussten. Hier überlagern sich konjunkturelle Faktoren, verstärkt durch eine vom Verfassungsgericht ausgelöste Budgetkrise und orientierungslose Wirtschaftspolitik, mit strukturellen Problemen, wie die lange auf Verschleiß gefahrene Infrastruktur und gravierende Rückstände bei der Digitalisierung. Die österreichischen Unternehmen sollten sich darauf einstellen, dass Deutschland als Wachstumslokomotive künftig weniger zieht. Für die heimischen Exporteure könnten die ungewohnt schwachen Ausfuhren des großen Nachbarn auch eine Chance sein, auf dem Weltmarkt in neue Nischen vorzustoßen.

Trotz der verhaltenen Konjunktorentwicklung in Europa erwartet das IHS, dass die österreichischen Exportmärkte heuer insgesamt um 2,2 Prozent wachsen. Damit

dürften die Warenexporte real um 1,5 Prozent – mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr – zunehmen. In der zweiten Jahreshälfte ist mit dem Beginn einer allmählichen Lockerung der Geldpolitik im Euroraum zu rechnen. Fallende Zinsen sollten die Konjunktur in Europa und damit auch die Perspektiven für die österreichische Industrie aufhellen. Wegen des schwachen Jahresauftakts wird es in Österreich heuer trotzdem nur für ein mageres Wachstum von einem halben Prozent reichen. Nächstes Jahr könnte unsere Wirtschaft dann, sofern keine neuen gravierenden globalen Störungen hinzukommen, um anderthalb Prozent zulegen.

Somit ist der Konjunkturausblick für die kürzere Frist keineswegs so schlecht, dass die Politik nach den Maßnahmen zur Stabilisierung der Bauwirtschaft ein weiteres großes Stützungs paket schnüren sollte. Bei anhaltend pessimistischen Zukunftserwartungen der Unternehmen könnten aber kleinere Zeichen wichtig sein, um einen Stimmungsumschwung auszulösen und so die Investitionsbereitschaft zu steigern. Ein solches Zeichen wäre etwa ein – gegenfinanzierter – erster Schritt zur Absen-

Privater Konsum stützt langsam anziehende Konjunktur



Quelle: Statistik Austria, IHS Frühling-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2024–2025



kung von Lohnnebenkosten wie dem Dienstgeberbeitrag, die sachgemäß aus Steuern finanziert sein sollten. Ein anderes wäre die rasche, effektive Umsetzung von Maßnahmen zum Bürokratieabbau. So erhielten die Unternehmen Ausgleich für das jüngst gegen heftige Widerstände beschlossene EU-Lieferkettengesetz.

Solche Schritte würden zugleich das langfristige Wachstumspotenzial stärken, das in Österreich, wie in der EU insgesamt, Anlass zu Sorge gibt. Um den Produktionsstandort zu sichern und gegenüber den inzwischen deutlich dynamischeren Volkswirtschaften der USA und Asiens nicht weiter an Boden zu verlieren, gehören jedoch viel umfassendere Reformen auf die Agenda. Was die österreichische Politik allein angehen kann, ist etwa die Senkung der hohen Abgabenlast auf den immer knapper werdenden Faktor Arbeit, gegenfinanziert durch strikte Ausgabendisziplin und teils auch durch weniger verzerrende Abgaben wie eine Bodenwertsteuer. Zudem macht der rasch fortschreitende demografische Wandel grundlegende Reformen im Pensions- und Gesundheitssystem, wie höhere finanzielle Abschläge bei vorzeitigen Alterspensionen, unausweichlich. Andernfalls fehlen die finanziellen Spielräume für notwendige öffentliche Investitionen in Bildung und Forschung, Infrastruktur und Netze, Dekarbonisierung.

Oft ist zur Sicherung des Standorts aber auch die Europäische Union gefordert. So müsste für eine leistbare stabile Energieversorgung ein echter Energie-

binnenmarkt mit einheitlichen Wettbewerbsbedingungen und leistungsfähigen transnationalen Netzen verwirklicht werden. Für eine bessere Versorgung mit (Risiko-)Kapital bräuchte es eine echte Kapitalmarktunion. Die Sicherung technologischer Souveränität verlangt nach einem koordinierten Kapazitätsaufbau zur effizienten Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedsstaaten. Marktliche Förderprogramme, um der massiven Industriepolitik amerikanischer und chinesischer Prägung etwas entgegenzusetzen, können nur in europäischen Dimensionen gedacht die nötige Größe und Schlagkraft entfalten.

Viele große Aufgaben also, und man würde sich im Wettstreit der europäischen und österreichischen Wahlkämpfer eine intensivere Debatte darüber wünschen, wie konkret man sie angehen will. Dass bei der Europawahl eher protektionistisch gesinnte Kräfte gestärkt werden dürften, trübt die Aussichten, dass es auf dieser Ebene mit tragfähigen Lösungen vorangeht. Wenn es so kommt, wird die künftige Bundesregierung umso mehr gefordert sein, ihre Reformhausaufgaben zu erledigen.

Ihr

Holger Bonin

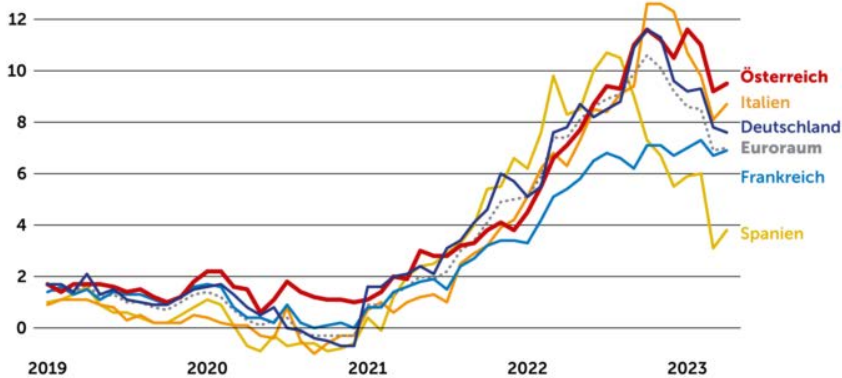
Direktor des Instituts für Höhere Studien (IHS)

WARUM DRINGENDER HANDLUNGSBEDARF BESTEHT

Der Standort Österreich verliert an internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Höchste Inflation in Westeuropa

- Harmonisierter Verbraucherpreisindex, in Prozentpunkten

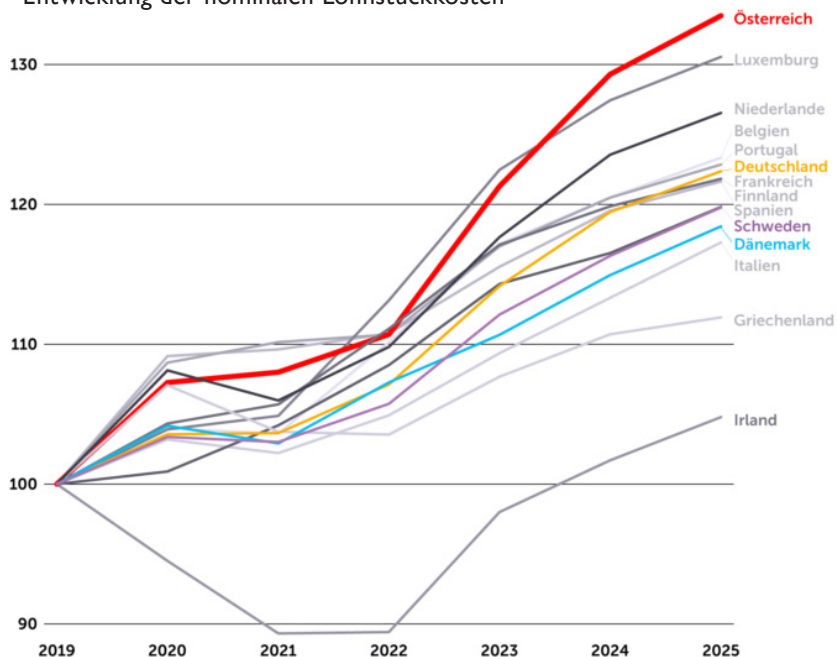


Quelle: Agenda Austria, Eurostat

Eine überdurchschnittlich hohe Inflation ist für das Exportland Österreich Gift, weil die Kosten für Unternehmen stärker steigen und sie damit aus dem globalen Markt gepest werden.

Stark steigende Lohnstückkosten

- Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten



Quelle: Agenda Austria, Europäische Kommission

Unter den „alten“ EU-Ländern (Beitritt vor 2004) liegt Österreich bei der Entwicklung der Lohnstückkosten an der Spitze. Im Vergleich zum Jahr 2019 – dem letzten „normalen“ Wirtschaftsjahr – werden die Lohnstückkosten in Österreich bis 2025 um etwa ein Drittel steigen.

Insgesamt besteht dringender Handlungsbedarf, um diese Herausforderungen anzugehen und die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu stärken, um langfristiges wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand zu sichern.



LEISTUNG MUSS SICH LOHNEN

Arbeiten im Vollzeitmodus muss wieder attraktiver gemacht werden.

Leistung ist die Basis unseres Wohlstandes, nicht nur in materiellen Dingen, sondern vor allem hinsichtlich sozialer Absicherung. Unser Wohlstand muss täglich durch Leistung erarbeitet werden und ist nicht selbstverständlich. Wir setzen uns vehement für mehr Leistungsbereitschaft ein. Und das im Sinne aller unternehmerisch denkenden Menschen.

Wir wollen uns als Wirtschaftsvertretung darauf fokussieren, was Leistung fördert und müssen alles daransetzen, den Grundwasserspiegel von Leistungswillen und Eigenverantwortung wieder zu heben. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Wohlstand – der muss jeden Tag auf's Neue verdient werden.

Österreich weist die dritthöchste Steuer- und Abgabenquote in der Europäischen Union auf, und die Steuer- und Abgabenbelastung von Arbeit ist die vierthöchste in der OECD. In kaum einem anderen EU-Land zahlen Arbeitgeber mehr Lohnnebenkosten als in Österreich.

Ausgehend vom Bruttolohn zahlen Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber in Österreich rund 47,4 % (AN 18,1 %, AG 29,3 %) an Lohnnebenkosten, in Deutschland, unserem wichtigsten Handelspartner sind es nur rund 44 % (AN 20,2 %, AG ca. 23,8 %).

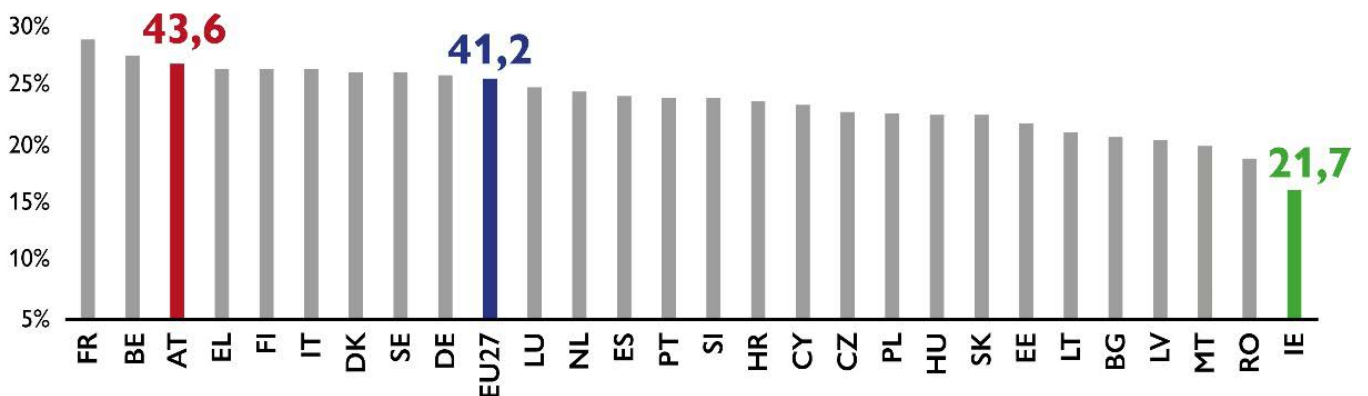
Berechnet man den Anteil der Lohnnebenkosten an den Arbeitskosten, dann sind wir mit 26,6 % an 5. Stelle innerhalb der EU-27.

Wenn wir unsere Betriebsstandorte und Arbeitsplätze absichern wollen, ist eine Entlastung des Faktors Arbeit durch eine Senkung der Lohnnebenkosten unverzichtbar, durch:

- » sofortige Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um die Hälfte: Die verhältnismäßig niedrige Arbeitslosigkeit ermöglicht den erforderlichen Handlungsspielraum für eine spürbare Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrages (ab 1.1.2024: 5,9 %) auf bis zu 3,0 %.
- » Ebenso ist die weitere Senkung des Beitrags zum Familienlastenausgleichsfonds (aktuelle Senkung 2023/2024 von 3,9 auf 3,7 %) auf zumindest 3,0 % dringend erforderlich, da Familienleistungen – so wie im restlichen Europa – primär vom Staat finanziert werden sollten. Werden diese nämlich durch Lohnnebenkosten bezahlt, verteuert dies unsere Produkte und wir verlieren an Wettbewerbsfähigkeit.

Österreich hat die dritthöchste Steuer- und Abgabenquote in der EU

Steuer- und Abgabenquote in % des BIP, 2022



Quelle: Eurostat

Freibetrag bei Vollzeitbeschäftigung (Vollzeitbonus)

Arbeiten im Vollzeitmodus muss wieder attraktiver gemacht werden, durch:

- » Einführung eines steuerlichen Freibetrags in der Höhe von 15 Prozent - die dadurch bewirkte Verringerung der Steuerbemessungsgrundlage bringt mehr „Netto vom Brutto“

Einkommenssteuer - Steuerkurve abflachen

Auch bei den Einkommenssteuersätzen liegt Österreich mit einem Satz von 55 % im europäischen Spitzenfeld und matcht sich nur mit Schweden (55,5 %) und Spanien (54 %) um Platz 1.

Für mittlere Einkommensbezieher ist die Steuerprogressionskurve im Sinne von „mehr Netto vom Brutto“ dringend abzuflachen, damit insbesondere Teilzeitkräfte, die bereit sind, ihre Stunden aufzustocken, von ihrem Leistungswillen profitieren und sich nicht nur der Finanzminister freut. Wir fordern daher, die Senkung der Steuersätze konsequent fortzuführen.

Körperschaftsteuer

Mit der nunmehr auf 23 % gesenkten Körperschaftsteuer ist Österreich noch immer im Spitzenfeld aller europäischen Länder. Nur Malta (35 %) und Italien (24 %) liegen noch höher. Aber hier wurde der richtige Weg der Entlastung eingeschlagen.

Österreichische Unternehmen zahlen Höchststeuern in ganz Europa. Wenn es nun gelungen ist, mit der schrittweisen KöSt-Senkung und mit der Kalten Progression bei der Einkommenssteuer endlich eine Verbesserung herbeizuführen, dann ist das nur zu begrüßen und mutig fortzuführen.

“ Die vorhandenen Spielräume für eine Senkung der im internationalen Vergleich zu hohen Lohnnebenkosten müssen jetzt genutzt werden, sonst gefährden wir unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Doris Hummer
Wirtschaftsbund-Landesobfrau

”



KONJUNKTURELLE ANREIZE

Investitionen garantieren das Wachstum von morgen.

Investitionen sind die Basis für Wachstum. Wirtschaftliche Unsicherheit, steigende Zinsen und hohe Baukosten bremsen derzeit jedoch die Investitionstätigkeit. Dabei erfordern Klimaziele und geopolitische Entwicklungen gerade jetzt hohe Investitionen, vor allem in die Energieinfrastruktur. Wir fordern daher zur Ankurbelung der Konjunktur:

Investitionsprämie NEU

Dass die privaten Investitionen in Österreich während der Pandemie nicht stark eingebrochen sind, ist im Wesentlichen der Investitionsprämie zu verdanken (7 % der förderfähigen Investitionen im allgemeinen und einem erhöhten Satz von 14 % für Investitionen in die Bereiche Ökologisierung, Digitalisierung und Gesundheit). Die positive Wirkung der Investitionsprämie lässt sich daran erkennen, dass die Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2021 im Vergleich zu 2019 real um 3 Prozent gestiegen sind. Damit stellt die Investitionsprämie ein Best-Practice-Beispiel für mögliche Konjunkturprogramme dar.

Durch eine Wiederauflage der Investitionsprämie könnte man zögernden Unternehmen Anreiz bieten, neue Investitionen zu tätigen. Um das Förderverfahren möglichst unbürokratisch zu gestalten, sollte für eine derartige Investitionsprämie NEU nicht mehr die aws, sondern das Finanzamt zuständig sein.

Eine Wiederauflage dieses Erfolgsmodells würde zu mehr Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und Ökologisierung beitragen, aber auch einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten sowie die Baubranche beleben, Arbeitsplätze sichern und schnellere Investitionsentscheidungen und deren Umsetzung bewirken.

Das Wohnbaupaket der Regierung rasch umsetzen

Mit dem über zwei Milliarden schweren Wohnbaupaket der Regierung sollen etwa 10.000 Eigenheime und zusätzliche 10.000 Mietwohnungen entstehen, 5.000 Objekte sollen saniert und wieder auf den Markt gebracht werden. Bei der Finanzierung sollen Gebühren des ersten Eigenheims wegfallen und von den Ländern günstige Wohnbodarlehen bereitgestellt werden.

Wir vom Wirtschaftsbund begrüßen diese Maßnahmen grundsätzlich, jedoch gibt es einige Kritikpunkte, wie unter anderem die zeitliche Organisation der Landesdarlehen sowie die Vernachlässigung des gewerblichen Wohnbaus. So wird vor allem der gemeinnützige Wohnbau profitieren und der gewerbliche nicht.

Wir sind außerdem für eine Wiedereinführung der Ausgaben zur Wohnraumschaffung als Sonderausgabe, die bis 2020 geltend gemacht werden konnten.

“Es ist essenziell, dass das Wohnbaupaket rasch umgesetzt wird, um potenzielle Häuslbauer bei der Planung ihrer Investitionen zu unterstützen. Ohne klare Richtlinien im Wohnbau können keine Entscheidungen getroffen werden, was zu Verzögerungen und Unsicherheit führt.

Wolfgang Holzhaider

Innungsmeister-Stv. der Landesinnung Bau





Fotocredit: iStock

DIE EUROPAWAHL WIRD RICHTUNGSENTSCHEIDEND

Fokus auf Stärkung des Wirtschaftsstandorts.

Die Europawahl 2024 wird eine richtungsentscheidende Wahl für die Zukunft der Europäischen Union sein. Werden die extremen linken und rechten politischen Parteien, deren Ziel es ist, die Europäische Union zu zerstören, einen Aufschwung erleben oder können sich die proeuropäischen Kräfte der Mitte durchsetzen? Wir stehen derzeit vor großen Herausforderungen, vom Krieg Russlands gegen die Ukraine und dem Krieg der Terrormiliz Hamas gegen Israel, bis zur Konkurrenz der wachsenden Wirtschaftsmächte wie China, USA und anderen Drittstaaten. Diese Entwicklungen betreffen auch die Unternehmer:innen in Österreich. Lange konnten wir mit billigem russischen Gas rechnen, jetzt stehen wir vor der Herausforderung der Transformation der Wirtschaft. Auch Lieferketten werden für uns unterbrochen, wenn Huthi-Rebellen Schiffe im roten Meer attackieren. Daher werden auch Halbleiter, Medikamente und kritische Rohstoffe verzögert geliefert.

Wir als Europäische Volkspartei wollen einen Richtungswechsel in Brüssel und Straßburg einleiten. Der Fokus der europäischen Gesetzgebung muss wieder auf der Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandorts Europa liegen. Nur so können wir die digitale und grüne Transformation schaffen und nur so können wir langfristig wettbewerbsfähig bleiben. Die Umsetzung des Green Deals kann nur Hand in Hand mit der Wirtschaft gehen, dafür braucht es gezielte Anreize und Finanzierung. Wir dürfen uns nicht selber durch eine rigorose Verbotspolitik ins Aus stellen, sondern müssen Technologieoffenheit anstreben. Zeitgleich müssen wir alles daransetzen, dass endlich der europäische Bürokratieberg kleiner wird statt stetig zu wachsen. Die Anwendung des „one-in-one-out“-Prinzips reicht hier nicht aus, wir brauchen mittlerweile mindestens einen „one-in-two-out“-Ansatz. Das bedeutet, dass für jede neue Regel mindestens zwei alte abgeschafft werden müssen. Zudem brauchen wir für bestimmte Gesetze eine sogenannte „sunset-clause“: wenn ein Gesetz nicht mehr zeitgemäß ist, muss es ein Ablaufdatum geben.

Beim Green Deal wurde uns von der Kommission auch ein Deal für die Wirtschaft versprochen, der allerdings vier Jahre auf sich warten ließ. Erst als die USA mit dem Inflation Reduction Act ein attraktives Fördermodell für die US Betriebe

ins Leben gerufen hat, sind wir aus dem Dornröschenschlaf erwacht: von Haus aus billige Energie, geringe Bürokratie und als Anreize Steuergutschriften für Unternehmen ist natürlich auch für unsere europäischen Betriebe interessant. Spät aber doch hat die Kommission ein wichtiges Maßnahmenpaket sowohl für unsere KMU als auch für unsere Industriebetriebe geschnürt.

DAS KMU-ENTLASTUNGSPAKET

umfasst zwei Legislativvorschläge:

- » Die Stärkung der Liquidität durch Vermeidung von Zahlungsverzug.
- » EINE Steuerverwaltung bei mehreren Betriebsstätten in der EU, also statt bis zu 27 nur mehr eine Anlaufstelle.

sowie die Verbesserung des derzeitigen Regelungsumfelds für KMU:

- » Da es im EU-Parlament keinen eigenen Ausschuss für KMU gibt, wurde auf Drängen unserer Europäischen Volkspartei nun ein KMU-Beauftragter bestellt, der die Interessen der KMU vertritt und der vor allem die Gesetzesvorschläge auf ihre KMU-Tauglichkeit überprüft.
- » Die Testphase des „one-in-one-out“-Prinzips hat positive Ergebnisse gezeigt, vor allem auch eine Nettoeinsparung von 7,3 Mrd. Euro, dieses muss jetzt weiterentwickelt und erweitert werden.
- » Verringerung der Berichtspflichten um 25 % sind geplant.

Für die Industrie wurde ein Paket zur Förderung von Investitionen in CO₂-neutrale Technologien von der Kommission vorgeschlagen (Net Zero Industry Act). Mit Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und Ausweisungen von Ge-



bieten, wo bereits die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vorhanden ist, sowie entsprechenden Förderungen unterstützen wir die Transformation.

Wichtig ist mir für die nächste Legislaturperiode auch, dass sich die Europäische Union wieder vermehrt auf große Themenblöcke konzentriert und jene Angelegenheiten, die besser national oder regional gelöst werden, auch dort belässt. Nicht jedes Problem ist automatisch ein Problem, das die EU lösen muss.

Wir müssen uns von einer Überregulierungsunion zu einer wirtschaftlichen Wettbewerbsunion entwickeln. In den meisten unserer Gesetze sind neue bürokratische Vorgaben, Berichtspflichten und Strafen enthalten, die unsere Unternehmen im täglichen Geschäftsleben massiv belasten. Ein Beispiel dafür ist das europäische Lieferkettengesetz, das meine Fraktion zwar mit Abänderungsanträgen verwässern konnte, aber noch immer große Belastungen für unsere Betriebe birgt. So sind Klein- und Mittelbetriebe, wenn sie Zulieferer in der Lieferkette sind, indirekt doch von dem Gesetzesvorschlag betroffen. Eigentlich sollte es in der Verantwortung eines jeden Staates liegen, mit entsprechenden Gesetzen dafür zu sorgen, dass Umwelt-, Sozial-, Arbeits-, und Menschenrechte eingehalten werden. Diese Verantwortung wird nun leider auf die Unternehmen abgewälzt.

Ein Bereich, wo das Credo „Gemeinsam ist man stärker als einsam“ zweifelsohne gilt, ist der Bereich Migration. Diese Aufgabe können wir als mittelgroßer Mitgliedstaat nicht al-

leine lösen, hier braucht es eine gemeinsame europäische Antwort. Das im letzten Dezember beschlossene gemeinsame europäische Asylsystem ist ein historischer Meilenstein, den wir jetzt rasch umsetzen: robuster EU-Außengrenzschutz, Verfahren direkt an den EU-Außengrenzen und Transitzone, mehr Abkommen mit Drittstaaten für Rückführungen. Nur so können wir die Migrationsströme endlich in den Griff bekommen und für mehr Sicherheit und geordnete Verhältnisse sorgen. Zeitgleich können wir so auch stärker gegen Schlepper und Menschenhändler vorgehen und ein menschenwürdiges Asylsystem schaffen.

Es gibt also viel zu tun, das Europäische Projekt ist noch lange nicht abgeschlossen. Wichtig ist, dass wir jetzt den Mut für die notwendigen Reformen für die Wirtschaft und unsere Betriebe aufbringen und als geeinte und gestärkte Union auftreten. Arbeiten wir daran, den Europäischen Binnenmarkt zu vollenden, den freien und fairen Handel zu stärken, unternehmerische Freiheit und Unternehmertum zu fördern. Anreize für Innovation, Technologieoffenheit sowie Forschung und Entwicklung zu setzen muss eine Schwerpunktsetzung sein, um die Europäische Union zum Innovations-Champion zu machen. Dafür werde ich mich auch weiterhin auf europäischer Ebene einsetzen - als starke Stimme der Wirtschaft in Brüssel und in Straßburg.

Ihre

Angelika Winzig

ÖVP-Delegationsleiterin im Europaparlament



Bundeskanzler
Karl Nehammer

DER ÖSTERREICHPLAN

von Bundeskanzler Karl Nehammer.

Wie sieht unser Österreich im Jahr 2030 aus? Die Antwort auf diese Frage sollten wir gerade in international unsicheren Zeiten niemand anderem überlassen. Wir müssen selbst Antworten auf die entscheidende Zukunftsfrage entwickeln: Wie wollen wir, dass unser Österreich im Jahr 2030 aussieht – und was müssen wir dafür heute und in den nächsten Jahren tun?

Österreich und Europa im internationalen Wettbewerb stärken und absichern

Wir sind ein Land, in dem weltweite Spitzenunternehmen und viele Klein- und Mittelbetriebe (KMU) das Rückgrat unserer Wirtschaft sowie unseres Wohlstandes bilden. Für diese brauchen wir Rahmenbedingungen, damit sie im internationalen Wettbewerb bestehen können. Dazu braucht es nicht nur nationale Maßnahmen, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene mehr Fo-

kus auf geopolitische Dynamiken mit dem erklärten Ziel, Wertschöpfung und Unternehmertum in Österreich und Europa zu behalten.

Ich will ein konkurrenzfähiges „Europe First“ gegenüber Asien und Amerika, in dem sich eine selbstbewusste österreichische und europäische Wirtschaftspolitik widerspiegelt. Das ist vor allem wichtig, weil wir im internationalen Wettbewerb unsere europäischen und österreichischen Interessen in den Vordergrund stellen müssen – nur so können wir langfristig unseren Wohlstand erhalten.

Ich stelle mich gegen Protektionismus und bekenne mich zur internationalen Kooperation und zu einer global vernetzten Wirtschaft – allerdings muss diese Kooperation für alle Partner fair, ausgewogen und auf Augenhöhe stattfinden. Dazu braucht es neben einem klaren Bekenntnis

zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Schutzes unserer heimischen und europäischen Wirtschaft auch starke und verlässliche Zusammenarbeit mit Partnern in der ganzen Welt. Dazu möchte ich mit dem Österreichplan bis 2030 Asien und Amerika die Stirn bieten und österreichische sowie europäische Interessen in den Vordergrund stellen, damit Europa ein Player in der globalen Wirtschaft bleibt.

In der Standortpolitik muss ein stärkerer Fokus auf geopolitische Dynamiken und Sicherheitsaspekte gelegt werden – unter dem Motto „Europe First“ durch Bevorzugung der EU-Produkte im öffentlichen Vergabewesen. Es kann nicht sein, dass wir im öffentlichen Bereich subventionierte asiatische Produkte vor europäischen verwenden.

Unternehmertum stärken durch Entbürokratisierung & Deregulierung

Erfolgreiches wirtschaftliches Handeln steht für mich im Mittelpunkt. Für mehr wirtschaftliche Freiheit braucht es finanzielle Entlastung und weniger Bürokratie. Unternehmer sollen Unternehmer sein können, ohne dabei durch überbordende Regulierungen ausgebremst zu werden.

Deshalb braucht es bis 2030 konsequente Reduktion von überbordender Regulierung durch Abschaffung rivalisierender Rechtsvorschriften: So ist zum Beispiel in einem Fleischereibetrieb vorgeschrieben, dass aus hygienischen Gründen glatte Fliesen zu verwenden sind, gleichzeitig schreibt ein anderes Gesetz jedoch vor, dass raue Fliesen zu verwenden sind, damit der Arbeitsschutz gewährleistet werden kann.

Es braucht Erleichterungen im operativen Betrieb für unsere (KMU) wie die Anhebung der Geringwertige-Wirtschaftsgüter-Grenze auf 2.000 Euro. Oder auch die Senkung der Unternehmenssteuern durch zum Beispiel Anpassungen bei der Pauschalierung und der Gleichstellung von Fremd- und Eigenkapital durch Einführung fiktiver Eigenkapitalzinsen. Mit dieser Maßnahme werden Unternehmen motiviert, höhere Eigenkapitalquoten aufzubauen. Dadurch steigt die Bonität und die Gefahr von Insolvenzen wird reduziert.

Ihr
Karl Nehammer
Bundeskanzler

Wirtschaftsbund-Forderungen im Österreichplan

Wir freuen uns, dass die folgenden Forderungen des Wirtschaftsbundes erfolgreich in den Österreichplan aufgenommen wurden:

- » **Alle Überstunden gänzlich steuerfrei**
- » **Keine Pensionsversicherungsbeiträge nach Erreichen des Pensionsantrittsalters**
- » **Lohnnebenkosten - Senkungspfad bis 2030 um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr**
durch Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages
- » **Geringfügige Beschäftigung zum Arbeitslosengeld streichen**
- » **Vereinfachung und Abbau der Bürokratie bei der RWR-Karte**
- » **Unternehmertum stärken durch Entbürokratisierung & Deregulierung**
Mehrere Entbürokratisierungsmaßnahmen wie die Abschaffung schwerster Regulierungs-
irrtümer (rivalisierende Rechtsvorschriften, absurde Kennzeichnungsvorschriften,
Abschaffung der Belegpflicht)
- » **Erleichterungen im operativen Betrieb für KMU**
wie die Anhebung der Geringwertige-Wirtschaftsgüter-Grenze, die Senkung der
Unternehmenssteuern oder die Entrümpelung der Formulare für Unternehmen

OBERÖSTERREICH IST EINE DER WETTBEWERBSFÄHIGSTEN REGIONEN EUROPAS

OÖVP-Schwerpunkte für Zukunft der EU: Sicherung von Energie und Wettbewerbsfähigkeit.

„Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte und das größte Friedensprojekt. Die EU bedeutet für uns Wohlstand und Wachstum. Weil wir ein starkes Oberösterreich in einem verlässlichen Europa haben wollen, muss sich die Europäische Union weiterentwickeln. Wir wollen ein Europa, aber besser“, betonen Landeshauptmann Thomas Stelzer und die OÖVP-Spitzenkandidatin für die Europawahl am 9. Juni, die Unternehmerin Angelika Winzig aus Attnang-Puchheim.

Stelzer verlangt nachvollziehbare Konzepte für Ausstieg aus russischem Gas

Die Oberösterreichische Volkspartei hat unter dem Motto „Europäisch denken. Regional handeln“ zwei zentrale Schwerpunkte für die Zukunft der EU definiert: Die Sicherung der Energieversorgung und die Sicherung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit im geostrategischen Wettbewerb mit den USA und China. „Oberösterreich ist Österreichs stärkster Nutzer von Erdgas. Daran hängen zigtausende Haushalte und Arbeitsplätze. Daher muss es in Österreich und der EU ein klares Bekenntnis zur Sicherstellung der Brücken-Technologie Gas geben. Nur mit dieser Brücken-Technologie werden wir nämlich auf dem Weg zur Klimaneutralität 2040 stufenweise vorankommen“, unterstreicht Stelzer. Er begrüßt daher die Entscheidung der Bundesregierung für die Erweiterung der Pipeline-Kapazitäten durch das Mühlviertel, verlangt gleichzeitig aus dem Energieministerium aber valide Pläne für den angepeilten Ausstieg aus russischen Gaslieferungen sowie für den angekündigten Ausbau

der heimischen Biogas-Produktion. Der Landeshauptmann spricht sich zudem für die Förderung heimischer Gasvorkommen aus.

Eigenständigkeit bringt Sicherheit für Europa

Im Sinne von Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit in Europa pocht OÖVP-Spitzenkandidatin Angelika Winzig auf die Sicherung der europäischen Schlüssel-Technologien wie Automobil-Technik, auf den Aufbau eigenständiger Systeme für Kommunikationstechnologie und Künstliche Intelligenz sowie auf eine Fokussierung der europäischen Landwirtschaft auf die Eigenversorgung. „Studien zeigen eindeutig, dass nur die Eigenversorgung eine weitere Lebensmittel-Verteuerung wirksam vermeidet“, zeigt Winzig auf. Die Technologie-Offensive muss speziell darauf ausgerichtet sein, auf Zulieferungen aus China nicht mehr wie im jetzigen Ausmaß angewiesen zu sein. Dies inkludiert auch alternative Technologien oder Versorgungswege für den Rohstoff-Sektor, auf dem mittlerweile mehr als 30 Bodenschätze mit globalen Lieferrisiken behaftet sind – sei es aufgrund rückläufiger Vorkommen oder politisch instabiler Lieferanten.

Stelzer und Winzig plädieren für eine Europapolitik mit klarem Fokus auf die großen strategischen Zukunftsfragen: „Die EU darf sich nicht im Kleinklein verlieren. Dort wo es um den Erfolg Europas im globalen Wettbewerb geht, liegen die Aufgaben der EU“, unterstreichen der Landeshauptmann und die OÖVP-Spitzenkandidatin. Daher setzt die OÖVP alles daran, mit einem starken Wahlergebnis mehr Hausverstand in die EU zu bringen: „Wir wollen Oberösterreich zu einer Leitregion für Europa machen. Europäisch denken, regional handeln: Das ist daher unser Weg.“



“Die EU darf sich nicht länger im Kleinklein verlieren.

Thomas Stelzer
Landeshauptmann Oberösterreich

”

UNSER GEMEINSAMES EUROPA

Eine Erfolgsgeschichte.

Dass wir heute in Europa in Wohlstand, Sicherheit und Stabilität leben, verdanken wir der Idee eines Politikers vor 74 Jahren. Wirtschaftliche Interessen bündeln, um Frieden und Wohlstand in Europa zu sichern, das war die Grundidee von Robert Schuman und die Geburtsstunde der Europäischen Union. Heute ist diese Idee aktueller denn je. Bei aller Kritik an der Europäischen Union, dürfen wir ihren Kern als Friedensunion nicht aus den Augen verlieren, gerade auch im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024.

Am 9. Juni 2024 mitentscheiden

Wir alle können am 9. Juni 2024 mitentscheiden, dass die Grundidee der EU – wirtschaftlicher Wohlstand und Zusammenarbeit als Garant für Frieden in den Mitgliedsländern - auch künftig im Mittelpunkt der europäischen Weiterentwicklung steht. Mit Angelika Winzig haben wir schon jetzt eine verlässliche oberösterreichische Stimme in Brüssel, die die Anliegen der Unternehmer:innen aus erster Hand kennt.

Erfolgsgeschichte der EU fortsetzen

Wir brauchen einen noch stärkeren Fokus der Europäischen Union auf eine wettbewerbsfähige, dynamische und vor allem von Drittstaaten unabhängige Industrie. Wo können wir unsere Unternehmen weiter stärken, das muss die zentrale Frage sein und nicht, wo können wir uns selbst Steine in den Weg legen, denn nur so kann die Erfolgsgeschichte Europäische Union fortgesetzt werden.

Starker Binnenmarkt – starker Export

Österreich ist seit nunmehr 29 Jahren Mitglied in der Europäischen Union und gerade Oberösterreich als Exportbundesland profitiert davon nach wie vor massiv: Der Export ist für Oberösterreich ein zentraler Standortfaktor. Jeder zweite Arbeitsplatz in der oberösterreichischen Wirtschaft hängt direkt oder indirekt am Export, fast 60 Prozent des oö. Bruttoregionalprodukts werden durch Warenexporte generiert – Zahlen, die ohne die Mitgliedschaft in einem der größten Binnenmärkte weltweit undenkbar wären. Lag das oberösterreichische Exportvolumen im Jahr des EU-Beitritts noch bei 10,6 Mrd. Euro, so betrug es 2022 52,4 Mrd. Euro. Seit dem EU-Beitritt ist die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Oberösterreich um mehr als 30 Prozent gestiegen.



247 Mio. EU-Mittel jährlich für OÖ

Darüber hinaus profitiert Oberösterreich von zahlreichen Förderprogrammen – vom Studentenaustausch bis zu Forschungs-, Tourismus-, Wirtschafts-, Regional- und Landwirtschaftsförderungen: Durchschnittlich 247 Mio. Euro fließen pro Jahr an EU-Geldern nach Oberösterreich und ermöglicht Projekte in allen Bereichen.

Europäische Einigkeit notwendiger denn je

Die drei Jahrzehnte der EU-Mitgliedschaft haben für Oberösterreich eine noch nie dagewesene wirtschaftliche Entwicklung gebracht. Nach Jahrzehnten am Eisernen Vorhang leben wir heute in der Mitte eines friedlichen und demokratischen Europas. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt uns Tag für Tag, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist und dass es die europäische Einigkeit, bei aller sachlicher Kritik, mehr denn je braucht.

Ihr

Markus Achleitner

Wirtschafts- und Europa-Landesrat

LEADERSHIP AKADEMIE 2024

Sich gemeinsam mit Gleichgesinnten weiterbilden und vernetzen – einer von vielen Vorteilen in unserem Wirtschaftsband Oberösterreich!

Die Leadership-Akademie bietet einen bunten Mix an Veranstaltungen an. Den Schwerpunkt legen wir aktuell auf die vierstündigen COMPACT-Angebote unter dem Motto „mehr Wissen in kurzer Zeit“.

Leadership-Projektleiterin Christina Schwarz gibt gerne Auskunft über das gesamte Angebot: telefonisch unter 0732/771855-216 oder per E-Mail unter leadership@ooe-wb.at

WB-Leadership COMPACT Seminare jeweils von 13:00 bis 17:00 Uhr, alle Termine finden im Mozarthaus der Wirtschaft, Altstadt 17, 4020 Linz statt:

**Reden ist Silber, Kontern ist Gold –
Schlagfertigkeit ist das, was einem
auf dem Heimweg einfällt...**

EXPERTIN: Mag.^a Beatrix Kastrun
TERMIN: Dienstag, 14. Mai 2024

**Job Happiness – Steigerung der
Mitarbeiter:innen - Zufriedenheit für
attraktive Arbeitgeber**

EXPERTIN: Mag.^a Sandra Thaler
TERMIN: Dienstag, 04. Juni 2024

**Mythos Motivation –
Menschen wirksam motivieren**

EXPERTE: Mag. Stefan Promper
TERMIN: Dienstag, 22. Oktober 2024



MEHLSPEISKULTUR-BOTSCHAFTER DER ERSTEN STUNDE

Konditormeister Leo Jindrak ist Bundesinnungsmeister der Lebensmittelgewerbe.

Der Linzer Leo Jindrak wurde neuer Bundesinnungsmeister der Lebensmittelgewerbe. Er löste damit Willibald Mandl ab, der dieses Amt mit großem Engagement ausübte.

Österreichs Mehlspeiskultur ist für Konditormeister Leo Jindrak, der den 1929 von seinem Großvater gegründeten Betrieb nun in dritter Generation führt, mehr als „nur“ Mehlspeis'. Es sind die schönen Erlebnisse, die guten Gespräche, die schönen Feste oder die Kindheitserinnerungen, die man mit der Mehlspeis' verbindet. Sie ist für ihn ein Stück österreichischer Identität und eine besonders sympathische Komponente der heimischen Kulinarik, für die wir auch in der ganzen Welt geschätzt werden.

Tradition und Handwerk werden im Hause Jindrak mit acht Filialen und mehr als 160 Mitarbeitern groß geschrieben. Für Leo Jindrak ist es Anliegen und Auftrag zugleich, die Wurzeln des Erfolges zu pflegen und weiterzuentwickeln. So werden heute noch überlieferte, traditionelle Rezepte in teils alten Backformen gebacken. Was für ihn aber noch viel wichtiger ist, ist die Aus- und Weiterbildung der Jugend.

“Als Ausbildungsbetrieb beschäftigt das Haus der Original Linzer Torte schon seit jeher Lehrlinge. Die duale Ausbildung, das Zusammenspiel zwischen Schule und beruflicher Praxis ist dabei ein wesentlicher Erfolgsgarant für das österreichische Handwerk.

Leo Jindrak

Bundesinnungsmeister Lebensmittelgewerbe



Fotocredit: Starmayr



“Die Ausbildung der Nachwuchsfachkräfte liegt mir persönlich sehr am Herzen. Ich werde den von mir als bisheriger Lehrlingsbeauftragter eingeschlagenen Weg weitergehen und mich für ein starkes Image der Friseurbranche einsetzen.

Alexander Geisbauer
Landesinnungsmeister öö. Friseure

”

ALEXANDER GEISBAUER IST NEUER INNUNGSMEISTER DER ÖÖ. FRISEURE

Erika Rainer übergibt ihr Amt nach acht Jahren an der Innungsspitze.

Der gebürtige Welser Alexander Geisbauer wurde neuer Innungsmeister der öö. Friseure und löste Erika Rainer ab, die dieses Amt mit großem Engagement acht Jahre lang ausübte.

Alexander Geisbauer ist bereits seit 2020 Ausschussmitglied sowie Lehrlingsbeauftragter in der öö. Landesinnung der Friseure. Als Leiter des Familienunternehmens Haircutters Hair Style Service folgt er den Spuren seines Vaters, Josef Geisbauer, der das Unternehmen 1980 gründete. Mit einer 43-jährigen Geschichte betreibt das Unternehmen vier Standorte mit insgesamt

26 Mitarbeiter:innen in Traun und Linz: das Einzelunternehmen Josef Geisbauer in Oedt, das Einzelunternehmen Alexander Geisbauer im Zentrum von Traun sowie die Haircutters HSS GmbH in Traun/St. Dionysen und in den Linzer Promenaden-Galerien.

Geisbauer ist auch Trainer im WIFI und bei der L'Oréal Österreich GmbH. Seine Expertise beweist er unter anderem bei den jährlichen Landes- und Bundeswettbewerben der Friseure, wo er Mitglied der Fachjury ist.

GERALD WALTER IST NEUER LANDESGREMIALOBMANN

Martin Sonntag bleibt Stellvertreter und Bundesgremialobmann des Versand-, Internet- und allgemeinen Handels.

Gerald Walter wurde neuer Landesgremialobmann des Versand-, Internet- und allgemeinen Handels und vertritt damit die Interessen von rund 4.500 Mitgliedern. Er löste Martin Sonntag ab, der künftig seine Stellvertretung übernimmt und auch die Funktion des Bundesgremialobmann weiter innehat.

Gerald Walter ist seit 2001 unternehmerisch tätig und betrieb damals seinen ersten Onlineshop mit Nonisaft aus Fiji. 2007 gründete er mit drei Partnern ein

Startup mit dem Vertrieb eines Ortungsservice für Fahrzeuge und Personen. Gerald Walters jüngstes Projekt ist „Print.Pink“, ein Druckshop, der von gebrandeten Tassen über Flyer und Transparente bis hin zum Bademantel mit dem eigenen Logo keine Wünsche offenlässt.

Im Landesgremium des Versand-, Internet- und allgemeinen Handels ist Walter seit 2010, als stellvertretender Obmann seit 2015 tätig.

“Für meine neue Funktion nehme ich mir vor, die großartigen Leistungen meines Vorgängers Martin Sonntag fortzusetzen und die Mitglieder bei ihren Agenden zu unterstützen. Wir bieten kostenlose Weiterbildung zu tagesaktuellen Herausforderungen im Rahmen der Unternehmerakademie, Gutscheine für Kurse im Wifi, für Rechtsberatung, die Vorteile des Wettbewerbsschutzverbandes, Veranstaltungen und Fachvorträge.

Gerald Walter

Landesgremialobmann Versand-, Internet- und allgemeiner Handel

”



“Neben den vielfältigen Herausforderungen, die jedes einzelne Unternehmen in unserer Branche zu bewältigen hat, ist mir die Weiterentwicklung unseres Berufsbildes sehr wichtig. Es ist mir ein besonderes Anliegen, das Image des Handwerks weiter zu stärken und die Attraktivität unseres Berufs hervorzuheben.

Klaus Weissengruber

Landesinnungsmeister
der Tischler und Holzgestalter

”



WECHSEL AN DER SPITZE DER LANDESINNUNG DER TISCHLER UND HOLZGESTALTER

Klaus Weissengruber übernahm von Alois Kitzberger die Funktion des Landesinnungsmeisters.

Mit Anfang des Jahres gab es einen Wechsel an der Spitze der öö. Tischler und Holzgestalter. Der bisherige Landesinnungsmeister-Stellvertreter Klaus Weissengruber aus Ried in der Riedmark wurde neuer Landesinnungsmeister. Er folgte damit Alois Kitzberger, der über acht Jahre Spitzenvertreter der Tischler und Holzgestalter war.

Weissengruber absolvierte die HTBLA Hallstatt, legte 1990 die Meisterprüfung ab und hat in den Jahren 1991 bis 1993 spezielle Betriebswirtschaftslehre an der Schweizer Hochschule St. Gallen studiert. Bereits Mitte 1987 trat er in den elterlichen Betrieb ein, im

August 1999 übernahm er die Weissengruber Möbelproduktion e.U. in Ried in der Riedmark.

Weissengruber ist seit 2005 im Innungsausschuss und als Vorsitzender der Lehrabschlussprüfungen aktiv. Ab 2020 war er stellvertretender Landesinnungsmeister.

Neuer Stellvertreter ist Josef Loy, Geschäftsführer der Tischlerei Loy in Aurach am Hongar. Der Berufsgruppensprecher der Holzgestalter, Karl Mitheis, geschäftsführender Gesellschafter der Karl Mitheis GmbH & Co KG Holzwarenerzeugung aus Auberg, bleibt weiterhin Landesinnungsmeister-Stellvertreter.

NEUER LANDESINNUNGSMEISTER DER OÖ. LEBENSMITTELGEWERBE

Reinhard Honeder ist Landesinnungsmeister des oö. Lebensmittelgewerbes. Willibald Mandl und Leo Jindrak bleiben Stellvertreter.

Honeder ist Inhaber der gleichnamigen Familienbäckerei in Engerwitzdorf mit mittlerweile 28 Filialen in ganz Oberösterreich und rund 280 Mitarbeiter:innen. Nach seiner Lehrzeit, diversen beruflichen Stationen

im In- und Ausland und Absolvierung der Bäcker- und Konditor-Meisterprüfungen übernahm Reinhard Honeder gemeinsam mit seiner Frau Helga den elterlichen Betrieb im Jahr 1993 und baute den Geschäftsbetrieb aus.

Schon früh hat sich Honeder in der Interessensvertretung engagiert, zuerst in der Bäckerjugend und seit 2012 als Berufssprecher der Bäcker in Oberösterreich und als Landesinnungsmeister-Stellvertreter des Lebensmittelgewerbes.

In der Innung sind Bäcker, Konditoren, Fleischer, Müller sowie Nahrungs- und Genussmittelgewerbe zusammengefasst.



„Ich setze besonders auf die Vernetzung und Stärkung der Handwerksbetriebe sowie die permanenten Hinweise auf die Kompetenz und Wichtigkeit des Lebensmittelgewerbes. Ganz besonders mit Blick auf eine gelebte Regionalität und Lebensqualität für Konsument:innen.“

Reinhard Honeder
Landesinnungsmeister
oö. Lebensmittelgewerbe

”



NEUER LANDESGREMIALOBMANN IM JUWELEN- UND UHRENHANDEL

Mit Herz, Hirn und Engagement zu neuen Erfolgen.

Christoph Paukner ist neuer Landesgremialobmann des Juwelen-, Uhren-, Kunst-, Antiquitäten- und Briefmarkenhandels. Mit einer beeindruckenden Erfolgsbilanz und einem klaren Fokus auf Innovation und Zusammenarbeit wird er die Branche weiter voranbringen.

Bereits in der Vergangenheit hat Christoph Paukner durch sein Engagement und seine Leidenschaft maßgeblich zur Entwicklung der Branche beigetragen. Als aktiver Teilnehmer im Landesgremium setzte er sich erfolgreich für längst überfällige Anpassungen bezüglich des Punzierungsrechts ein und stellte wertvolle Argumentationsgrundlagen bereit.

Während der Pandemie bewies er seine Fähigkeit zur Krisenbewältigung, indem er nicht nur den Mut der Handelsbetriebe aufrechterhielt, sondern auch gezielte Verkaufaktionen initiierte und gemeinsam mit dem scheidenden Landesobmann Manfred Stütz eine Verdoppelung der Quote für den Umsatzersatz für die gesamte Branche in Österreich erzielte.

“Es ist eine Ehre, die Verantwortung als Landesgremialobmann zu übernehmen. Ich bin fest entschlossen, die Traditionen unserer Branche zu wahren und gleichzeitig neue Wege zu finden, um sie weiterzuentwickeln und zu stärken. Durch Zusammenarbeit und Innovation werden wir gemeinsam die Zukunft des Juwelenhandels gestalten.

Christoph Paukner

Landesgremialobmann
Juwelen- und Uhrenhandel

”

PETER FEIGL IST OBMANN DER HANDELSAGENTEN

Handelsagenten vermitteln in Österreich jährlich Aufträge im Wert von etwa 24,5 Milliarden Euro.



„Mein vorrangiges Ziel ist es, neue Partnerschaften zwischen Handelsagenten und Unternehmen in Oberösterreich zu initiieren und gleichzeitig Talente für unseren Beruf zu gewinnen, um den wirtschaftlichen Erfolg in Oberösterreich weiter zu stärken.“

Peter Feigl

Landesgremialobmann Handelsagenten

”

Peter Feigl wurde zum Landesgremialobmann der Handelsagenten ernannt und vertritt damit die Interessen von rund 2000 oberösterreichische Unternehmen.

Peter Feigl ist der Inhaber, Gründer und Geschäftsführer der FEIGL Technische Produkte GmbH und verfügt über eine breite Erfahrung in der Wirtschaft und zahlreiche Erfolge in der Vertriebslaufbahn, darunter die Auszeichnung zum international erfolgreichsten Handelsagenten (2018) und die Aufnahme in das Buch der erfolgreichen Persönlichkeiten in Deutschland und Österreich (2022).

Darüber hinaus ist er in verschiedenen Funktionen engagiert: Seit 2020 ist er stellvertretender Obmann der Handelsagenten bei der Wirtschaftskammer Oberöster-

reich. Er ist Bundesausschussmitglied der Handelsagenten bei der Wirtschaftskammer Österreich und seit 2021 ist er außerdem als Laienrichter am Arbeits- und Sozialgericht in Linz tätig.

Handelsagenten vermitteln in Österreich jährlich Aufträge im B2B-Sektor von etwa 24,5 Milliarden Euro. Dadurch tragen sie maßgeblich dazu bei, den Wirtschaftsmotor am Laufen zu halten.

Mit seiner langjährigen Erfahrung und seinem Engagement für die Belange der Handelsagenten ist Peter Feigl eine wertvolle Bereicherung für die Position des Obmanns und wird zweifellos dazu beitragen, die Interessen der Branche zu vertreten und ihre Bedeutung für die oberösterreichische Wirtschaft zu stärken.

BETTINA STELZER-WÖGERER IST NEUE WB-BEZIRKSOFRAU IN STEYR

Anlässlich des Bezirkstags des Wirtschaftsbundes Steyr-Stadt wurde der Bezirksvorstand neu gewählt.

“Es ist mir wichtig, auch den vielen erfolgreichen klein- und mittelständischen Unternehmen ein besonderes Augenmerk zu geben. Denn sie alle bilden neben unseren starken Industriebetrieben eine wichtige Säule des Wirtschaftsstandorts Steyr.

Bettina Stelzer-Wögerer
Bezirksobfrau Steyr-Stadt

”



Im Rahmen des Bezirkstages in Steyr wurde Bettina Stelzer-Wögerer einstimmig zur Wirtschaftsbund-Bezirksobfrau gewählt. Sie folgt Eduard Riegler nach, der diese Funktion 12 Jahre mit großem Engagement ausübte. Neuer Stellvertreter ist Clemens Klinglmair.

Bettina Stelzer-Wögerer ist verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Kindern. Sie leitet als Geschäftsführerin und Gesellschafterin die im Jahr 1953 gegründete

Wögerer GmbH. Das Steyrer Unternehmen mit rund 40 Mitarbeiter:innen ist auf ganzheitliche Gastronomie- und Hotelkonzepte spezialisiert.

Nach ihrer Tätigkeit als Bezirksvorsitzende Frau in der Wirtschaft Steyr (2011-2021) ist Bettina Stelzer-Wögerer seit 2021 Landesvorsitzende-Stv. Frau in der Wirtschaft OÖ. Seit 2017 ist sie Wirtschaftsbund-Obmann-Stellvertreterin in Steyr.

MITTAGSTALK MIT MARTIN KOCHER

Mit dem Bundesminister für Arbeit diskutierten wir über die aktuellen Themen.



Unseren Unternehmen brennt das Thema Arbeits- und Fachkräftemangel massiv unter den Nägeln. Gemeinsam diskutierten wir mit Bundesminister Martin Kocher über die aktuelle Situation und über mögliche Lösungsansätze.

Die Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot-Card, der Hebel ältere Mitarbeiter länger in Beschäftigung zu halten sowie die Steigerung der Vollzeitbeschäftigung sind unsere wichtigsten Forderungen rund um das Thema Arbeitsmarkt.



75 JAHRE EUROPARAT – UND 75 JAHRE CHRISTOPH LEITL

Es ist eine wunderbare Gelegenheit, dieses bedeutende Ereignis zu feiern und die Errungenschaften in Bezug auf europäische Zusammenarbeit und Frieden zu würdigen.

Seit seiner Gründung im Jahr 1949 setzt sich der Europarat für den Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ein. 46 Staaten gehören zu den Mitgliedern des Europarats, darunter die 27 EU-Mitgliedstaaten. Alle europäischen Flächenstaaten sind im Europarat vertreten – außer Kosovo, Belarus, sowie Russland, das am 16. März 2022 ausgeschlossen wurde.

Bislang gibt es mehr als 200 Übereinkommen und Protokolle des Europarats. Dazu zählen zum Beispiel die sogenannte Antifolter-Konvention oder die Europäische Sozialcharta. Die wichtigste ist die sogenannte Europäische Konvention für Menschenrechte (EMRK), die 2020 ihr 70. Jubiläum feierte. Um Mitglied im Europarat zu werden, muss jeder Staat die EMRK unterzeichnen. Die Konvention ist damit geltendes Recht in allen 46 Mitgliedsstaaten. Sie sichert den Menschen wichtige Grundrechte zu – zum Beispiel das Recht auf Leben, das Verbot der Folter oder die Freiheit der Meinungsäußerung.

Es ist eine wunderbare Gelegenheit, dieses bedeutende Ereignis zu feiern. Gleichzeitig haben wir auf den Geburtstag von Christoph Leitl, unseren Wirtschaftsband-Ehrenobmann und Präsident der Europäischen Bewegung (EBÖ), angestoßen.

“Es freut mich sehr, gleichzeitig mit dem Europarat Geburtstag zu feiern und ist mir eine Ehre, zu diesem Anlass die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit zu unterstreichen. Möge diese Feier dazu beitragen, die Werte des Europarates weiterhin zu fördern.

Christoph Leitl
Wirtschaftsband-Ehrenobmann

”



ANGELIKA
WINZIG
Europawahl 2024

**In Brüssel zählt
für mich nur eines:
Oberösterreich.**

ÖVP ankreuzen, Winzig hinschreiben.



dievolkspartei.at



„Wirtschaft im Blick“ 1/2024

Österreichische Post AG
4020 Linz
SP 02Z034496 S

Medieninhaber

Österreichischer Wirtschaftsbund (ÖWB),
Landesgruppe Oberösterreich
4010 Linz, Altstadt 17

Layout Daniel Hauer

Redaktion Mag. Astrid Reisinger

Hersteller

X-FILES Druck-, Consulting- und
Produktionsagentur GmbH
4040 Linz/Lichtenberg

www.ooe-wb.at

Wir möchten darauf hinweisen, dass aus Gründen der leichteren Lesbarkeit auf diesen Seiten teilweise die männliche Sprachform verwendet wird. Sämtliche Ausführungen gelten natürlich in gleicher Weise für die weiblichen.

**Offenlegung gemäß §25
Mediengesetz**

Alleiniger Herausgeber, Medieninhaber und
Verleger: ÖÖ. Wirtschaftsbund, 4010 Linz,
Altstadt 17 – vertreten durch Landesobfrau
Mag.^a Doris Hummer und Landesgeschäftsführer
Wolfgang Greil MBA.
Grundlegende Richtung und Blattlinie: „Wirt-
schaft im Blick“ ist das regionale Magazin des
ÖÖ. Wirtschaftsbundes für Unternehmer,
Entscheidungsträger und Politiker – mit

Hintergrundberichten und Reportagen zur
heimischen Wirtschaftspolitik, Porträts
erfolgreicher Unternehmer, Vorstellung der
WB-Ortsgruppen sowie Serviceseiten für
den unternehmerischen Alltag. Verwendung
von AdobeStock Bildmaterial. „Wirtschaft
im Blick“ erscheint bis zu viermal jährlich mit
einer Auflage von bis zu 80.000 Stück.